Ostdeutsche Bau-Zeitung

26. Jahrgang | Breslau, den 6. Oktober 1928 | Nummer 80

Reformen der Landesbaugewerkschule Holzminden

Aus Holzminden erhalten wir von Herrn Oberstudiendirektor Professor Dr.-Ing. Klopfer folgende Zeilen, die wir zur allgemeinen Beachtung wiedergeben.

Die wesentlich erhöhten Anforderungen an allgemeines und technisches Wissen machen es nötig, daß auch die Baugewerkschule ihre Forderungen steigert, und zwar kann dies sowohl in den Aufnahmen wie in den Prüfungen geschehen, außerdem hat der Unterrichtsplan sich entsprechend einzustellen. Diesen Erwägungen zufolge hat sich die Landesbaugewerkschule Holzminden veranlaßt gesehen, mit Genehmigung des Herrn Braunschweigischen Ministers des Innern und in Uebereinstimmung mit dem Kuratorium, die folgenden Reformen einzuführen, die von Beginn des Wintersemesters 1928/29 (8. Oktober) in Wirkung treten:

Aufnahmen. Bisher war zur Aufnahme in die fünfte (unterste) Klasse nach preußischem Beispiel mindestens erforderlich: die Vollendung des 16. Lebensjahres, die Beherrschung des Lehrstoffes einer mehrklassigen Volksschule (mit Aufnahmeprüfung) oder außerdem der zweijährige Besuch einer Berufsschule bzw die mittlere Reife (ohne Aufnahmeprüfung) sowie eine zweijährige praktische Tätigkeit (bis zur Reifeprüfung). Für die Holzmindener Bauschule sollen von Oktober d. J. an für die Aufnahme folgende Bedingungen gelten:

1. Vollendung des 17. Lebensjahres;

2. die Obersekundareife einer deutschen neunstufigen höheren Lehranstalt oder die Reife einer sechsstufigen Lehranstalt oder eine entsprechende Kenntnisprüfung (s. u.) und

3. eine zweijährige praktische Tätigkeit (wie in Preußen), die zur Hälfte vor Eintritt in die Schule, zur anderen Hälfte vor der Reifeprüfung erledigt worden sein muß.

Prüfungen. a) Die Aufnahmeprüfung besteht aus der Eignungsprüfung und Kenntnisprüfung. Die Eignungsprüfung hat festzustellen, ob der Prüfling sich von Natur aus für den Beruf des Bautechnikers eignet, die Kenntnisprüfung hat festzustellen, ob der Prüfling bei dem Fehlen einer höheren Schulbildung dennoch Kenntnisse in denjenigen Fächern besitzt, welche den erhöhten Anforderungen, die die heutige Technik an die Vorbildung der Fachschüler stellt, entsprechen. Sie erstreckt sich im wesentlichen auf die Fächer Deutsch, Mathematik, Linear- (Zirkel-) und Freihandzeichnen.

Wer die Aufnahmeprüfung nicht besteht, kann die Vorklasse besuchen, um sich dort die Bildung zu holen, die als Mindestforderung zur Aufnahme in die 5. Klasse zu gelten hat und in der im wesentlichen in Deutsch, Mathematik, Naturlehre, geometrischem und Freihandzeichnen sowie in Kurzschrift, Wirtschaftsgeographie, Weltgeschichte unterrichtet wird. Als eine weitere Neuerung ist (seit 1927) eingeführt die sogen.

b) Vorprüfung an dem Schluß der 3. Klasse (also nach drei Halbjahren Unterrichtszeit). Sie soll feststellen, ob der Schüler sich nicht allein die Kenntnisse, sondern vor allem den Sinn für das bautechnische Wissen so angeeignet hat, daß er ohne Schwierigkeit die beiden obersten Klassen (2 und 1 durchmachen und die Reifeprüfung bestehen kann. Nur so kann erreicht werden, daß zur letzten (Reife-)Prüfung nicht Schüler kommen, die mit Mühe und Not bestehen und im Beruf dann versagen und das Ansehen der Schule schädigen. Es ist indessen möglich, daß Schüler, bei denen die Vorprüfung erweist, daß sie zwar handwerklich tüchtig sind, in den Fächern Entwerfen, Konstruieren und Statik jedoch den Anforderungen des weiteren Unterrichts nicht entsprechen können, in der Praxis des Bauberufs noch ihren Mann stellen und die Meisterprüfung im Bauhandwerk bestehen können, auch ohne die obersten Bauschulklassen absolviert zu haben.

c) Die Reifeprüfung endlich schließt sich zur Zeit der der preußischen Bauschulen an.

Als unterrichtliche Neuerung kann die Einführung der Werklehre im Konstruktionsunterricht angesehen werden (seit 1927). Es ist leicht ersichtlich, daß die Schüler im Handwerk, sei es als Maurer, Zimmerer, Tischler, Dachdecker u. a. doch nur einseitig-praktisch ausgebildet sind, während der Unterricht in Baukonstruktion auf alle Handwerke Rücksicht nehmen, das Ziel des Bauschulunterrichts überhaupt das sein muß, daß der Techniker, sei er nun Konstrukteur oder Bauführer oder Zeichner eines selbständigen Baugeschäftes, in jedem Falle das Verständnis für den Bau als ein Ganzes haben muß, dessen Einzelheiten als solche wie in ihren Beziehungen untereinander ihm in gleicher Weise vertraut und bekannt sein müssen.

Hier kann nicht der Unterricht von der Wandtafel her helfen, hier muß die praktische Uebung, und zwar bereits in der 5. Klasse einsetzen.

Der Weiterbau der Werklehre im Sinne des vor allem von den Staatslehranstalten in Bremen eingeführten und trefflich durchgebildeten Baustofflaboratoriums bedeutet zuletzt nur einen Schritt auf dem allseitig als richtig erkannten Wege, die Theorie des Bauens nach Möglichkeit durch praktische Uebungen zu vertiefen, die den Werkstoff von seiner Entstehung an bis zu seiner Verwendung (unterrichtlich: in der Verschmelzung der Fächer Baustoffkunde, Werklehre, Baukonstruktions- und Baubetriebslehre) dem Schüler zur Kenntnis und mehr noch — zum Gefühl bringen.

Klopfer.

Diese Reformen bedeuten einen großen Fortschritt im Baugewerkschulwesen, wir glauben, daß bei strenger Durchführung derselben das erreicht wird, was jetzt allgemein angestrebt wird. Wir wissen aber auch, daß die Schule Holzminden unter Klopfers Leitung nur tüchtige Fachleute heranbilden wird, und ist der Besuch der altbekannten Anstalt jetzt noch mehr zu empfehlen, wenn der angehende Fachmann eine wirklich erstklassige Ausbildung anstrebt.

20. Bundestag des Bundes deutscher Zimmermeister

Die zukünftigen Entwicklungsgänge des Zimmergewerbes. — Fragen des Handwerks. — Große Fachausstellung.

In den Tagen vom 4.—7. August fand in Hannover unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Reiche der 20. Bundestag des Bundes deutscher Zimmermeister e. V. statt.

Bereits am Freitag erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste in der Ausstellungshalle die Eröffnung der Jubiläumsausstellung für Bau- und Wohnungswesen durch den Vorsitzenden der hannoverschen Innung, Zimmermeister Wilhelm Gieseler-Hannover. Es folgten dann am Sonnabend ein Begrüßungsabend und am Sonntag vormittag ein großer Festakt in der Stadthalle.

Am Montag vormittag begann in den Räumen des Zoologischen Gartens die Bundeshauptversammlung, die der stellvertretende Bundesvorsitzende, Zimmermeister und Stadtrat Franz Ambs-Freiburg, mit herzlichen Worten der Begrüßung eröffnete. Unter den Ehrengästen sah man u. a. den Reichstagsabgeordneten Zimmermeister Freidel-Hildesheim und den Landtagsabgeordneten Zimmermeister Kniest-Kassel

Im Anschluß an die Begrüßungsworte hielt der Syndikus beim Reichsverband des deutschen Handwerks, Dr. Bretzler-Hannover, einen beachtenswerten Vortrag über „Das Programm der neuen Reichsregierung und Fragen des Handwerks.“ Der Redner ging in seinen Ausführungen von der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bedeutung des Handwerks aus, wobei er darauf hinwies, daß nach den neuesten Erhebungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages die Zahl der selbständigen Betriebe im Handwerk mit 1 300 000 angegeben werden könne. An die Spitze aller Forderungen für eine fruchtbare Gestaltung der künftigen Reichspolitik stelle der Referent das Verlangen nach einer Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern. Diese Reform sei auch

notwendig, um die starke steuerliche Vorbelastung der deutschen Wirtschaft im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt abbauen zu können. Erstrebt werden müsse insbesondere auch eine weitgehende Vereinfachung der Gesetzgebung. Für die steuerliche Gesetzgebung sei eine klare Sprache zu fordern, die eine einwandfreie und einheitliche Auslegung zulasse. Die Notwendigkeit sozialpolitischer Fürsorge werde im Handwerk grundsätzlich anerkannt, indessen könne es nach einem verlorenen Kriege nicht Aufgabe unserer Sozialversicherung sein, nach Weltgeltung zu streben. Auf dem Gebiete der Arbeitsregelung und des Arbeitsrechts müsse die jetzt übliche Schematisierung unterbleiben. Für die Betätigung der öffentlichen Hand sei von dem Grundsatz auszugehen, daß sie nur dort zulässig sei, wo es sich um die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gegenständen und Leistungen handelt, die die private Wirtschaft nicht ebensogut und ebenso preiswert sicherstellen könne. Grundsätzlich dürften die öffentlichen Betriebe auch keine steuerliche Begünstigung vor privaten Betrieben haben. Mit großer Spannung erwarte das Handwerk die in Aussicht gestellte Handwerksnovelle. Der geforderte paritätische Ausbau der Handwerkskammern stoße im Handwerk jedoch auf Ablehnung, da ein großer Teil der Handwerksbetriebe keine Arbeitnehmer beschäftige. Von großer Bedeutung sei für das Baugewerbe ein gesetzlicher Schutz des Baumeistertitels. Diese Frage werde zur Zeit im Reichswirtschaftsministerium einer Nachprüfung unterzogen. Zum Schlusse seiner Ausführungen ging Dr. Bretzler noch kurz auf das Reparationsproblem ein und bezeichnete eine Lösung dieser Frage, frei von politischen Hemmnissen, als unbedingt notwendig. Aufgabe der einzelnen Ortsgruppen bleibe es, an dem Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten. In dieser Hinsicht müsse auch das deutsche Handwerk Arbeit in vorderster Linie leisten.

Im Anschluß an den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach Bundessyndikus Dr. Gerland-Kassel über den inneren Ausbau und die zukünftigen Entwicklungsgänge des Zimmergewerbes. Der Redner konnte mit Genugtuung feststellen, daß sich in jüngster Zeit die Versuche mehren, in Wissenschaft und Praxis durch eingehendes Studium, durch Beobachtung und Ueberlegung Einblick in den vielgegliederten inneren Aufbau und die Entwicklungsgänge der Wirtschaft zu gewinnen, um aus solchem Wissen Grundsätze für eigenes Tun und Unterlassen abzuleiten. Wenn man aus leicht verständlichem Anlaß nunmehr einen Erwerbszweig herausgreife, der infolge seiner gegenwärtigen Notlage im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehe, so sei es das Zimmerhandwerk. Alles was wir mit Sicherheit vermögen, um das Zimmerhandwerk lebensfähig zu gestalten, sei in gewissenhafter Schau den inneren Aufbau, die Grundlagen des Zimmergewerbes zu begreifen zu suchen und nach neuen, richtungweisenden Tendenzen Ausblick zu halten. Der Wettbewerb im Zimmerhandwerk selbst sei unter einem äußeren Drucke übermächtig und ungesund geworden. Beton und Eisenbeton machten dem Holz überdies den Rang im Wohnungsbau streitig. Eine Ersatzbauweise nach der anderen tauche auf und sinke als praktische Unvollkommenheit ins Reich der Vergessenheit zurück. Trotz alledem sei die Zahl der Zimmereibetriebe nicht etwa zurückgegangen, sondern von 1895—1925 hätten sie sich auf der stattlichen Höhe von 26 000 bewegt. Unverändert stark sei ferner — trotz der geringen Bautätigkeit — der Zustrom an Lehrlingen. Bewundernswert sei es, mit welcher Zähigkeit sich gerade der überwiegende Kleinbetrieb behaupte. In kleinstädtischen und ländlichen Gegenden sei er weit eher als der Großbetrieb dazu berufen, den örtlichen Bedürfnissen zu dienen; denn leichter als der mit hohen Unkosten belastete größere Betrieb entziehe er sich den Widerwärtigkeiten der Wirtschaftskrisen.

Großes Interesse fand der darauf folgende Lichtbildervortrag des Oberingenieurs und Studienrats Kersten-Berlin über „Holzbau in Gegenwart und Zukunft". Spreche man von der Kultur des alten Handwerks, so betonte der Redner, so dürfe man den Zimmermeister nicht vergessen. Wenn sich auch inzwischen ein großer Umschwung in der Art seiner Betätigung vollzogen habe, wenn auch die Maschinen der Poesie des altgewohnten Schaffens viel Abbruch getan haben, so brauche man um die Zukunft der deutschen Zimmererkunst doch nicht bange zu sein. Der Redner schilderte an Hand einer großen Anzahl guter Lichtbilder, Wesensart und Vorzüge des freitragenden Holzbaues. Besondere Beachtung fanden hierbei die Angaben über die gewaltige Sängerfesthalle in Wien. Wichtig sei, so betonte der Redner, eine gediegene Lehrlingsausbildung. Die neugeschaffenen Zimmererlehrgänge des deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen würden bei dieser Ausbildung in Zukunft recht gute Dienste leisten. In Zukunft müsse dem Holzbau an unseren Fachschulen mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Begrüßenswert seien die Preisausschreiben unter den Bundesmitgliedern. (In diesem Jahre handelte es sich um die Konstruktion einer nach neuzeitlichen Grundsätzen zu entwerfenden Flugzeughalle). Eine große Rolle spiele hierbei selbstverständlich die Frage der Normung, die der Referent an Hand verschiedener Beispiele erläuterte. Heute stehe der Bund deutscher Architekten hinter der Normung. Das Baugewerbe- und Handwerk seien durch ihre Spitzenvertretungen ebenfalls an den Normungsarbeiten beteiligt. Dem Holzbaugewerbe ständen bedauerlicherweise auch heute noch viele Architekten ziemlich teilnahmslos gegenüber. Gefährlich sei hierbei besonders der Wettbewerb durch den Stahl-Skelettbau, gefährlich auch dadurch, daß die Stahlindustrie über gute Mittel zu einer ausgiebigen Werbetätigkeit verfüge. Die Zukunft des Zimmerhandwerks, so betonte der Referent zum Schluß, erscheine nur dann gesichert, wenn durch tadellose Bauausführung in jedem Falle der Beweis erbracht wird, daß man sich auf den Baustoff Holz verlassen könne.

Im Anschluß an den Vortrag gab der zweite stellvertretende Bundesvorsitzende Zimmermeister Wilhelm Gregorius-Düsseldorf den Bericht über das Preisausschreiben und nahm sodann die Verteilung der Ehrenpreise vor. Das Resultat lautet im einzelnen: 1. Preis: Zimmermeister Kallenbach-Gotha; 2. Preis: Zimmermeister Pritsche-Berlin; 3. Preis: Zimmermeister Hartmann jun.-Darmstadt; 4. Preis: Zimmermeister Lips-Freiburg; 5. Preis: Zimmermeister Weigandt-Pohlgöns; 6. Preis: Zimmermeister Randel-Düsseldorf; 7. Preis: Zimmermeister Müller-Mainz; 8. Preis: Zimmermeister Kirschner-Erlangen.

Hiermit fand die Tagung ihr Ende. Die Teilnehmer fuhren am Dienstag nach Hildesheim, um dort die berühmten alten Holzbauten zu besichtigen.

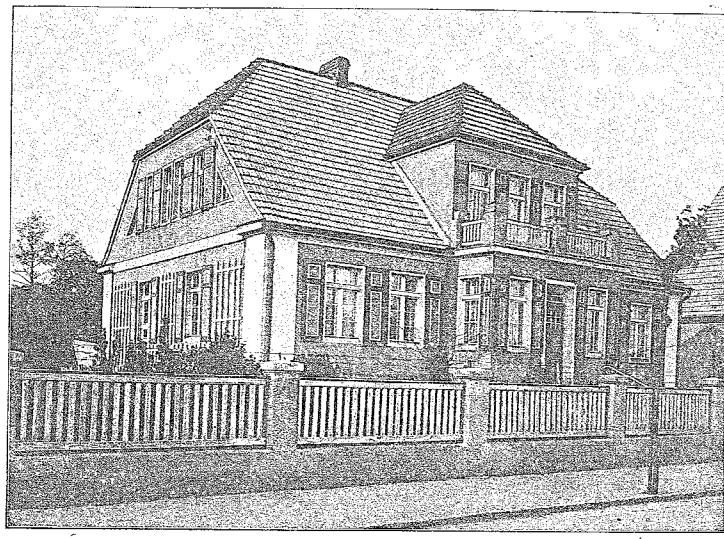
Verschiedenes

Die katastrophale Lage des Wohnungsmarktes in Mitteldeutschland. Einige Vorkommnisse, die die augenblicklich auf dem Wohnungsmarkt herrschenden Verhältnisse grell beleuchten, sind aus Mitteldeutschland zu berichten. Die Stadt Leipzig wollte den zweiten Abschnitt eines seit langem aufgestellten Wohnungsbauprogramms in Angriff nehmen. Bei den Ausschreibungen der Bauarbeiten ergab sich, daß für die Erstellung der geplanten 809 Wohnungen durch Verteuerung des Baumaterials und der Bauarbeiten Mehrkosten in Höhe von 1,4 Millionen RM. gegenüber dem Voranschlag entständen. Die Folge wäre, daß die Mieten für die neuen Wohnungen sich auf 172 v. H. der Friedensmiete stellen würden, das heißt, statt 500 RM. die für eine gleichwertige unter Zwangswirtschaft sich befindliche Altwohnung müßten für die neue Wohnung etwa 860 RM. Miete gezahlt werden, und zu solchen Preisen finden sich keine Mieter. Genau das gleiche Bild zeigt sich in Bad Dürrenberg. Dort ist mit reichen staatlichen Zuschüssen eine Riesensiedlung für Leuna-Arbeiter erstellt worden. Die Arbeiter sollen jetzt beispielsweise aus Halle nach Dürrenberg umziehen. Sie wollen aber lieber in ihren alten unter Zwangsbewirtschaftung stehenden Wohnungen in Halle bleiben, weil diese viel billiger sind als die in Dürrenberg bereitgestellten neuen. Der Stadt Leipzig wurde zum Vorwurf gemacht, sie baue nicht und entlaste deshalb nicht den Arbeitsmarkt, obwohl sie es könnte.

Straßenbahnbau nach Liebertwolkwitz bei Leipzig. Gegenwärtig wird eine rege Tätigkeit bei dem Bau der elektrischen Straßenbahn auf der weiteren Teilstrecke von Probstheida nach Park Meusdorf entfaltet. Nach vorgenommener Ausschachtung, Drainage, Beschleusung und Aufschüttung mit Knack- und Bruchsteinen erfolgt nun das Legen der Gleise. Die neue Straßenbahnlinie wird von Probstheida bis Park Meusdorf zweigleisig, von dort bis nach Liebertwolkwitz eingleisig gelegt.

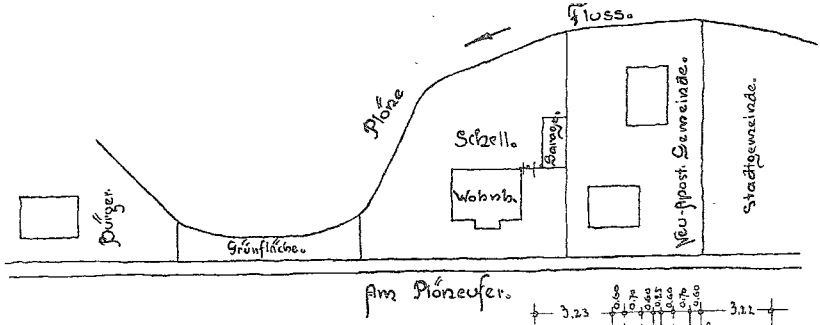
Deutsche Kanalprojekte. Der Bau des Mittellandkanals soll so gefördert werden, daß voraussichtlich im März 1929 die Schiffahrt

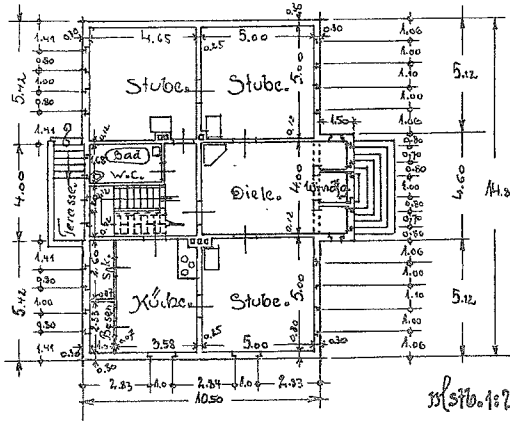
Einfamilienhaus des Juweliers Schele



Altdamm Pomm. Am Plönufer

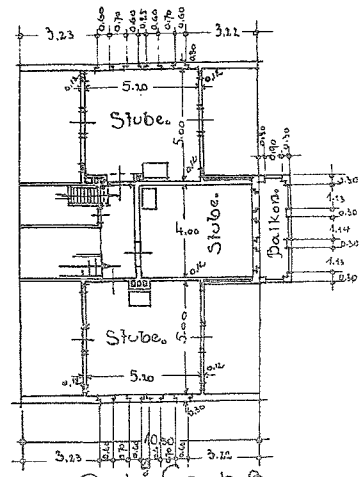
Arch. Paul Loscher Altdamm Pom.





Erd-Geschoß.

M. 1:200.



Dach-Geschoß.

bis Peine und Hildesheim eröffnet werden kann. Während der letzten Monate wurden täglich etwa 6000 Arbeiter beim Bau beschäftigt. Ferner sind gegenwärtig in Arbeit der Rhein-Neckar-Kanal mit rund 200 km, die Weser-Kanalisierung Münden bis Minden mit 170 km und der Rhein-Main-Donau-Kanal mit 410 km.

Eine weitere Zementfabrik im Werratal. Die in der Nähe des Dorfes Altenburschla gelegenen Mainzerköpfe haben sich nach eingehenden Untersuchungen als Lagerstätten erstklassigen Materials für Portlandzement erwiesen. Die Gewerkschaft „Johann" hat sich nun von den Besitzern das Schürfrecht gesichert und beabsichtigt, bereits im Anfang des nächsten Jahres, etwa im Februar, die Fabrikation von Zement aufzunehmen.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten

Tagung des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister. Vom 1. bis 4. September fand in Eisenach der Verbandstag des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister unter dem Vorsitz des Herrn Ratszimmermeisters Weise-Berlin statt. Den Vorstandssitzungen und der Hauptversammlung folgte am 3. September eine Oeffentliche Tagung, an der zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der politischen Parteien, befreundeten Verbände und der Presse teilnahmen. Zunächst gab Herr Reichstagsabgeordneter Mentzel-Stettin in seinem Vortrag „Bauwirtschaftliche Fragen der Gegenwart" einen eingehenden Ueberblick über die Lage des Baugewerbes überhaupt. Ausgehend von der Tatsache, daß dem Baugewerbe als einem Schlüsselgewerbe in der gesamten Wirtschaft erhöhte Bedeutung zukomme, hob der Redner hervor, daß man im Gesetz und Verwaltung dem Baugewerbe leider nicht die Beachtung zuteil werden lasse, die ihm zukomme. Die Wohnungspolitik der letzten Jahre sei für das Baugewerbe nicht förderlich. Ein schnellerer und systematischer Abbau der Zwangswirtschaft sei eine der ersten Forderungen des Baugewerbes. Sollange dies aber nicht durchführbar sei, müsse man das private Baugewerbe in einem ganz anderen Ausmaße als bisher bei der Gewährung von Hypotheken aus der Hauszinssteuer bedenken. Es gehe nicht an, daß diese Mittel restlos den gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften zuflössen. Der schärfste Kampf des Baugewerbes gelte den Regiebauten, die von den Gemeinden unter Ausschaltung des privaten Baugewerbes ausgeführt würden. Ein derartiges Verhalten der Gemeinden verstoße gegen den Artikel 164 der Reichsverfassung. Unbedingt notwendig sei eine baldige Reform der Realsteuerbelastung, die das Baugewerbe von dem schweren Druck entlaste und eine vernünftige Lastenverteilung gewährleiste. Wer einen Aufstieg unserer Wirtschaft fordere, müsse einer Förderung des Baugewerbes das Wort sprechen. Als zweiter Redner sprach Herr Geismann-Dortmund, Geschäftsführer der Sektion II der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. An Hand reichhaltigen Materials gab der Redner eine umfassende Darstellung des „Arbeitsschutzes im Baugewerbe unter Berücksichtigung neuzeitlicher Einrichtungen und Arbeitsweisen". In einer Zeit, in der für uns Deutsche die Arbeitskraft das wichtigste Aktivum ist, über das wir verfügen, müsse die Sorge um den Schutz und die Erhaltung der Arbeitskraft im Vordergrunde stehen. Leider werde diese Tatsache in der Praxis vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer nicht hinreichend gewürdigt. Es sei Aufgabe der Berufsgenossenschaften, stets und unerläßlich auf die Gefahren hinzuweisen, die bei Nichtbeachtung der Schutzvorschriften entstehen. Endlich wies der Redner auf eine Reihe von Neuerungen in der Unfallverhütung hin, die er als zweckdienlich bezeichnete. Die Vorträge fanden ihren Abschluß in einem Vortrage des Herrn Dr. Fröhlich-Berlin, Syndikus des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister, über das Thema „Richtlinien für die Verbandspolitik des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister". Aus den Aufgaben, die dem Innungs-Verbande als einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes obliegen, ergäben sich auch die Richtlinien für die Politik des Verbandes. Bei der Zersplitterung, die leider das Baugewerbe aufweise, sei als erste Forderung ein möglichst starker Zusammenschluß zu fordern. Hieran mitzuarbeiten sei vornehmste Aufgabe des Innungs-Verbandes als Sachverwalter der Berufs- und Standesinteressen des Baugewerbes. Wenn das Baugewerbe heute eine reichsrechtliche Regelung der Baumeisterberufsbezeichnung fordere, so sei dies keine Eigenbrödelei, sondern eine Forderung der Selbsterhaltung. Wer ein Bauwerk ausführe, müsse auch zu dieser Arbeit die notwendigsten Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Der Ausbildung des Nachwuchses sei für die Zukunft verstärkte Beachtung zu schenken. In allen seinen Bestrebungen sei für den Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister stets der Gedanke leitend, das gesamte Deutsche Baugewerbe als solches zu heben und zu fördern. Zur Durchführung seiner Aufgaben sei daher eine Zusammenarbeit mit den übrigen Spitzenverbänden im Baugewerbe wie auch mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks und dem Reichsverband der Deutschen Industrie unbedingte Notwendigkeit. Das Baugewerbe könne nur gefördert werden, wenn alle Verbände sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfänden. Der Vorsitz des Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister wurde Herrn Architekt und Baugewerksmeister Georg Hoemann-Köln übertragen. — Unter starker Beteiligung fand am 4. September eine Fahrt durch den Thüringer Wald statt, die einen würdigen Abschluß der Tagung bildete.

Tagung der Deutschen Gartenstadtgesellschaft. In Verbindung mit den Veranstaltungen der Westfälischen Heimstätte aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens, hält die Deutsche Gartenstadtgesellschaft ihre Jahresversammlung über das 26. Arbeitsjahr und eine öffentliche Tagung am 13. und 14. Oktober im Rathaus von Bielefeld ab. Den Aufgaben der Veranstalterin entsprechend, befaßt sich die Tagung diesmal mit der bedeutsamen Frage der Verwaltungsreform im Hinblick auf die Siedlung, und zwar werden unter dem Thema „Großlandkreis oder Großstadt, eine Frage der Ueberlegenheit der Siedlungsform" Verbandsdirektor Dr.-Ing. Schmidt-Essen und Stadtrat Dr. Fuchs-Breslau sprechen. Die Aussprache wird durch den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, und durch den früheren Landrat Dr. v. Beckerath eröffnet. Am zweiten Tage spricht Hofrat Prof. Dr. Busching-München zu dem Thema „Was hemmt die Siedlung und Umsiedlung in Stadt und Land, und was ist dagegen zu tun?" Auch dieser Vortrag mit der sich anschließenden, wahrscheinlich sehr regen Aussprache, an der in erster Linie sich Direktor Vortabrock-Münster beteiligen wird, dürfte weitestes und allgemeines Interesse finden. Am Sonnabend, den 13. Oktober vormittags erfolgt die Eröffnung der Westfälischen Kleinwohnungsausstellung im Städtischen Museumsgebäude und die Grundsteinlegung mit Richtfest der Gartenvorstadt „Am Wellensiek". Nach Schluß der Tagung findet eine Besichtigungsfahrt statt. Einladungen versendet auf Wunsch die Geschäftsstelle Berlin W 35, Flottwellstraße 2.

Todesfälle

Dresden-Laubegast. Am 12. September 1928 verschied nach kurzer Krankheit Herr Franz Mildner, Baugewerke.

Falkenstein i. V. Im Alter von 65 Jahren starb plötzlich Herr Baumeister Franz Kaiser.

Bauindex 1913 = 100	Baustoffindex 1913 = 100
22. 8. 28 = 172,1	12. 9. 28 = 159,6
12. 9. 28 = 171,5	19. 9. 28 = 159,6
26. 9. 28 = 171,1	26. 9. 28 = 159,4

Fragekasten

Frage Nr. 148. Für die Herstellung von Steinholzfußböden beabsichtige ich mir die erforderlichen Maschinen anzuschaffen und bitte um Angabe der Bezugsquellen für dieselben. A. R. in B.

Antwort auf Frage Nr. 142. Setzen sie der Zementmilch Sika zu. Mit den Schnellbindersorten ist der Anstrich nach einigen Minuten trocken. Sika verbürgt große Dauerhaftigkeit des Ueberzuges. Arbeitsanweisung durch Ing. A. Kallinich, Liegnitz, Goldberger Straße 148. Fernruf 3540.

2. Antwort auf Frage Nr. 142. Ich empfehle Ihnen, den eisernen Wasserbehälter mit SUBOX-Verbleiung der Firma J. B. Ulrich A.-G., Berlin-Wilmersdorf, streichen zu lassen. Als zweiten Anstrich empfehle ich Ihnen TROCAL A derselben Firma. Weitere Auskünfte erteilt gern das Technische Büro vorstehender Firma, Breslau, Breite Straße 19.

Schriftleitung: Architekt B.D.A. Kurt Langer und Dr.-Ing. Langenbeck beide in Breslau und Baurat Hans Blüthgen in Leipzig
Verlag: Paul Steinke in Breslau und Leipzig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr
Allen Zusendungen an die Schriftleitung bitten wir Rückporto beizufügen.

Inhalt:

Reformen der Landeshaugewerkschule Holzminden. — 20. Bundestag des Bundes deutscher Zimmermeister. — Abbildung: Einfamilienhaus des Juweliers Schiele in Altdamm Pom. — Verschiedenes. — Fragekasten.